Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Bestellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,25 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Sonnabend, den 25. Juni 1927 — Nummer 146

Die Steuerschröpfung

1½ Milliarden zu viel Steuern und Zölle den Werktätigen erpreßt

Berlin, 24. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Nach den neuesten Veröffentlichungen des Reichsfinanzministeriums hat das Reich im April und Mai bei den Einnahmen aus Zoll- und Steuerabgaben gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahres ein Mehreinkommen von 350 Millionen Mark erzielt. Nach den Reichstagsbeschlüssen sollen aber im ganzen laufenden Wirtschaftsjahre, also vom April 1927 bis April 1928, nur 575 Millionen Mark aus diesen Einnahmequellen mehr kommen. In zwei Monaten des Wirtschaftsjahres allein hat also das Reich mehr als die Hälfte des veranschlagten Mehreinkommens eingetrieben. Das bedeutet, daß das Reich am Ende des Jahres nicht 575 Millionen mehr vereinnahmt haben wird, sondern die ungeheuerliche Summe von 1½ Milliarden Mark zuviel aus der Bevölkerung herausgezogen haben wird.

1½ Milliarden sind selbst für den Etat des Reiches eine ganz ungeheuerliche Summe. Das Wichtigste aber ist, daß die Mehreinnahmen in erster Linie aus Zöllen und Verbrauchsabgaben stammen. Aus diesen Quellen hat das Reich in den obenerwähnten beiden Monaten 450 Millionen eingenommen gegen nur 300 des Vorjahres. Diese mehr als 50prozentige unerwartete Steigerung der Reichseinnahmen ist einzig und allein von der breiten Bevölkerungsschicht aufgebracht worden. Trotz dieser ganz gewaltigen Steigerung der Einnahmen des Reiches sollen nun neue Zollsteigerungen auf die wichtigsten Lebensmittel gelegt werden. Dieser neue Raubzug auf die Taschen der Werktätigen wird nicht nur ein weiteres gewaltiges Heraufschnellen der Reichseinnahmen zur Folge haben, sondern wird vor allem das Preisniveau für die wichtigsten Lebens- und Bedarfsgegenstände in einem ungesunden Ausmaße heraufschnellen lassen. Das Geschäft bei dieser unerhörten Ausplünderung der Lohn- und Gehaltsempfänger kommt selbstverständlich nur der unersättlichen Profitsucht der Junker und aller übrigen Ausbeutergruppen zugute. Angesichts dieser ungeheuren Summen braucht man sich nicht verwundern, wenn die Dawesvögte auf Grund dieser aus den Knochen der deutschen Arbeiter herausgequetschten Erträgnisse die Leistungen noch in die Höhe schrauben.

Das Ergebnis der Steuereinnahmen beleuchtet blitzartig die ganze Brutalität des neuen Zollwuchers, der von dem Bürgerblockkabinett der Hindenburgrepublik jetzt beschleunigt durchgeführt werden soll.

Das Hungerbarometer steigt

Dresden den 24. Juni. (Telunion.)

Nach der Berechnung des statistischen Landesamtes betrug die sächsische Gesamtindexzahl für Lebenshaltungskosten auf erweiterter Grundlage (Heizung, Beleuchtung, Wohnung, Bekleidung, Verkehr, Körperpflege, Reinigung usw.) im Durchschnitt des Monats Juni 149,2 (Vorkriegszeit 100). Sie ist demnach gegen die für den Monat Mai errechnete Zahl von 147,7 um 1,0 Prozent gestiegen. Im Juni 1924 betrug die Indexzahl 126,1, im Juni 1925 138,3 und im Juni 1926 141,5.

Die Gesamtindexziffer ist demnach gegenüber Juni 1924 um 23,1, gegenüber Juni 1925 um 10,9 und im Vergleich zum gleichen Monat des Vorjahres um 7,7 gestiegen. Mit dem Inkrafttreten der neuen Zölle und der kommenden Mietsteigerung wird das Hungerbarometer einen neuen gewaltigen Sprung nach oben machen. Das Realeinkommen der Arbeiter sinkt — und ihre Lebenslage verschlechtert sich von Tag zu Tag. So erleben sie den sittlichen und sozialen Inhalt der Hindenburgdemokratie und verspüren mit dem höhergehängten Brotkorb die Segnungen der Bürgerblockregierung.

Gegen die Wucherpolitik

Der Berliner ADGB gegen die Zollwuchervorlage.

Berlin, 25. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Die am 23. Juni stattgefundene Plenarversammlung des Ortsausschusses Berlin des ADGB hat zur Zollwuchervorlage des Bürgerblocks Stellung genommen und erhob gegen die räuberische und ausbeuterische Zoll- und Steuerpolitik der Reichsregierung heftigen Protest. Sie richtet an die parlamentarische Vertretung der Arbeitnehmerschaft das dringende Ersuchen, mit allen parlamentarischen (!) Mitteln einer solchen Politik entgegenzutreten. Die Plenarversammlung als Vertretung der organisierten Arbeitnehmerschaft Berlins fordert, daß die Zölle und Steuern auf Lebensbedarf nicht nur nicht weiter gesteigert, sondern abgebaut werden, damit ihre Lebensmöglichkeit und der Lebensraum nicht noch mehr erschwert wird. Wird dieser Forderung nicht entsprochen, so versprechen die Delegierten, in ihren Organisationen dahin zu wirken, auch die Anwendung außerparlamentarischer Mittel zu erwägen, um diese unerträgliche und wucherische Zoll- und Steuerpolitik abzuwehren.

Zu diesem Beschluß bemerkt Die Rote Fahne u. a. folgendes: „Der Berliner Ortsausschuß des ADGB spricht unter dem Druck der Arbeiterschaft aus, daß nur eine gemeinsame Aktion der Arbeiter den Wucherzoll des Bürgerblocks zu Fall bringen kann. Aber obwohl an derselben Stelle von der eventuellen Anwendung außerparlamentarischer Kampfmittel gesprochen wird, wird für die Gegenwart nur das Einsetzen der parlamentarischen Mittel gefordert. Der Ortsausschuß des ADGB trennt damit den parlamentarischen Kampf von dem Kampf durch außerparlamentarische Mittel, obwohl erst diese Verbindung die Abwehraktion wirksam macht. Das Einsetzen aller parlamentarischen Mittel ist die Obstruktion, die Verhinderung der parlamentarischen Beschlußfassung über die Wucherzollvorlage mit allen zu Gebote stehenden Mitteln. Die parlamentarische Obstruktion gegen die kompakte Mehrheit des Bürgerblocks, der unter brutalster Vergewaltigung der parlamentarischen Vertretung, die die Mehrheit des Volkes vertritt, gewillt ist, die Wucherzölle durchzusetzen, kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Opposition im Parlament sich auf eine **breite Massenbewegung außerhalb des Reichstages stützt.** Um diese Verbindung der parlamentarischen und außerparlamentarischen Mittel durchzuführen, ist ein Doppeltes nötig: Einmal die **Organisierung der Obstruktion im Parlament und zum anderen die Mobilisierung der Massen außerhalb des Reichstages!"**

Auf dem Boden dieser Tatsachen sind meine Profite sicher

An die Partei!

Die außerordentlich gespannte Lage, die auch nach Genf nichts von ihrer Bedrohlichkeit verloren hat, stellt uns vor gewaltige Aufgaben. Die Durchführung des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg, die Mobilisierung für die unausbleiblichen großen Kämpfe, die Vorbereitung der revolutionären Arbeit während des Krieges erfordern außerordentliche Anstrengungen. Wir müssen eine gewaltige Agitation unter den breitesten Volksmassen entfalten, wenn wir unsere revolutionären Pflichten erfüllen wollen.

Dazu gehören große Geldmittel, die wir nicht aus laufenden Einnahmen zurücklegen können, und die wir deshalb durch besondere Sammlungen beschaffen müssen. Deshalb hat das Zentralkomitee die

Gründung eines Anti-Kriegsfonds

beschlossen, der uns finanziell in die Lage versetzen soll, unsere Aufgaben zu erfüllen. Das Zentralkomitee gibt Marken zum Preise von 10, 20 und 50 Pf. heraus. Wer darüber hinaus die Partei in ihrem Kampfe unterstützen will, der zahle seinen Beitrag auf das Postscheckkonto Wilhelm Pieck, Berlin NW. 7, 102254, ein, mit dem Vermerk: „Für den Anti-Kriegsfonds".

Genossen, sammelt unter den breiten Massen unter der Losung:

Krieg dem imperialistischen Kriege!"

Gebt der Kommunistischen Partei Deutschlands, der Partei Karl Liebknechts, die Waffen für ihren revolutionären Kampf!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale.)

Fort mit dem Bürgerblockkabinett

Die von uns gestern gebrachte Meldung über das Zustandekommen der sächsischen Koalitionsregierung von den Deutschnationalen bis zur ASPS wird heute amtlich bestätigt. Auch in der Besetzung der Ministerien ist, wie die Telegraphenunion heute morgen aus amtlicher Quelle wissen will, keine Aenderung eingetreten. Damit hat der Regierungskuhhandel seinen Abschluß gefunden. Das Bürgerblockkabinett von den Deutschnationalen bis zur ASPS ist fertig. Es sieht aber auch danach aus. Was wir zu den einzelnen Männern, die in das Kabinett neu eingezogen sind, zu sagen hatten, ist gestern bereits geschehen.

Das Zustandekommen der neuen sächsischen Regierung, die Einlösung des politischen Wechsels, den die Deutschnationalen präsentierten, bedeutet einen **weiteren Schritt in der Festigung und Erstarkung der Reaktion.** Die Deutschnationalen verbuchen mit ihrem Eintritt in das Kabinett einen gewaltigen Erfolg. Ihr Einfluß auf das bereits bisher von ihnen abhängige Heldtkabinett wird durch die offizielle Beteiligung erheblich verstärkt. Nicht umsonst haben sie zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele einen der schlimmsten Reaktionäre in das Kabinett entsandt. Die sozialdemokratische Presse, soweit sie gestern überhaupt zur Regierungsbildung Stellung nimmt, die meisten sächsischen Blätter beschränken sich auf die Wiedergabe der Meldung über die Tatsache der Regierungsbildung, versucht, das Kompromiß in der Regierungsfrage zu einer Niederlage und zum Rückzug der Deutschnationalen zu stempeln. In Wirklichkeit können die Deutschnationalen mit dem Erreichten vollkommen zufrieden sein. Es entsprach ihrer Taktik, bei der Formulierung ihrer Forderungen weit auszugreifen, um die geeignete Plattform eines für sie erträglichen Kompromisses zu erlangen. Die Deutschnationalen werden in der Praxis beweisen, wie sie auch mit einem Minister im Kabinett verstehen, die Klasseninteressen der Bourgeoisie durchzusetzen und den Kurs in Sachsen reaktionär zu verschärfen. Dabei kommt es für sie gar nicht darauf an, ob sie in dem von ihnen parlamentarisch abhängigen Kabinett mit einem oder mehreren Ministern vertreten sind. Der politische Erfolg der Deutschnationalen liegt im besonderen aber auch darin, daß es ihnen gelungen ist, die Demokraten und die Aufwertungspartei, und auch die ASPS in diesem Kabinett zu binden. Im Kielwasser des unter Einfluß der Deutschnationalen segelnden Kabinetts werden diese Gruppen immer fester an die reaktionäre Politik gebunden. Die Furcht vor einer neuen Kabinettskrise oder einer Landtagsauflösung wird sie immer mehr zu der Rolle der Steigbügelhalter der schwärzesten Reaktion zwingen. Damit wird aber zugleich auch der Versuch einer Stabilisierung der Bürgerblockregierung in Sachsen unternommen.

Die ASPS, die im neuen Kabinett mit zwei Ministern vertreten sein wird, hat den Deutschnationalen zu ihrem Erfolg verholfen. Die Partei der offenen Arbeiterverräter, die reifste Frucht vom Baume der SPD, hat mit dieser Schandtat der sächsischen Arbeiterschaft erneut ein historisches Beispiel und den Anschauungsunterricht geliefert, wie die Koalitionspolitik mit dem Bürgertum zur Festigung und Erstarkung der Reaktion und zur Schwächung der Positionen der Arbeiterklasse führt. Die Politik der ASPS ist aber nur der offene und brutale Ausdruck für die konsequente Fortführung jener politischen Linie, auf der sich auch die Reichspolitik der SPD bewegt. In den grundsätzlichen Fragen hat es Unterschiede noch nie gegeben. Das zeigt sich insbesondere in der sozialdemokratischen Außenpolitik, zu der der Volksstaat gestern richtig bemerkt, daß die Einheitsfront von Westarp bis Breitscheid bereits in Kraft getreten ist. Das Nikisch-Organ, das gestern abend zur Regierungsbildung Stellung nimmt, sagt, daß man annehmen könne, es werde **über kurz oder lang eine Zeit kommen, wo auch eine Koalition der Deutschnationalen mit der SPD erträglich scheinen wird.** Man dürfe das um so mehr vermuten, als ja die letzte Reichstagsdebatte über die Locarnopolitik und die Stellung Stresemanns eine **Einheitsfront von Westarp bis** Breitscheid offen gezeigt habe. Wenn die SPD **trotz dieser** praktischen Einheitsfront sich nach außen hin **noch etwas** sträube, und wenn sie glaube, **um der Anhängerschaft willen noch etwas spröde tun zu müssen, so** habe das nach der Feststellung gleicher außenpolitischer Grundauffassungen zwischen Deutschnationalen und SPD nicht mehr viel zu bedeuten. **Das Kennzeichnende des Schrittes der ASP in Sachsen sei lediglich das:**